

## **Teil 1**

*Liebe Mitglieder und Mitstreiter unseres Zusammenschlusses, sehr geehrte Förderer und Freunde der ARE aus dem Rechtsstaatler-Bereich, Mitwirkende in unserer Allianz für Aufarbeitung und Kurskorrektur, für Wiedergutmachung, Unrechtsbereinigung und Aufbau Ost, sehr geehrte Damen und Herren,*

Plänitz, 22.12.2014

Parallel zu unseren guten und herzlichen Wünschen und Grüßen zum bevorstehenden Weihnachtsfest und für das sich ankündigende neue Jahr möchten wir Ihnen heute nochmals einige Nachrichten zukommen lassen, die es- wie Sie leicht feststellen können- „in sich haben“. Und die es deshalb durchaus verdienen, in den hoffentlich kommenden etwas ruhigen Tagen oder gleich danach, intensiver angesehen und geistig verarbeitet zu werden. Es geht nämlich dabei auch um eine Ausgangsplattform besonderer Art für das kommende Jahr, in dem wir alle gefordert werden. Der Stellenwert der jetzt abgeschlossenen Untersuchungen – zu denen es ja schon lange eindeutige Hinweise gegeben hatte - ist so beachtlich, dass wir diesen Ende 2014 erreichten Stand, der im wesentlichen auf die permanent tiefeschürfende Arbeit von Dr. Wasmuth zurückzuführen ist, an den Anfang stellen. Zugleich kündigen wir Sonderveröffentlichungen hierzu für Anfang 2015 an.

Also: Es gibt eine umfangreiche Untersuchung, die nachweist, dass die Aufarbeitung von SED-Verfolgungsunrecht flächendeckend daran gescheitert ist, dass zunächst der 7. Senat, dann aber auch der 8. und der 3. Senat des Bundesverwaltungsgerichts mit einem viel zu weiten Enteignungsbegriff operiert und damit die gesetzlich vorgesehene Rehabilitierung außer Kraft gesetzt hat.

Der Enteignungsbegriff ist von dieser Rechtsprechung nie begründet worden. Er steht aber in offenem Widerspruch zu diversen gesetzlichen Vorgaben. Die Definition der Enteignung stammt aus einem Aufsatz eines Herrn Motsch. Dieser war seinerzeit zuständiger Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen.

(Seit 1991 bestand schon der Verdacht, dass mit diesem Motsch tatsächlich ein rühriger Beamter im Finanzministerium sozusagen zum Souffleur für Politik und -schlimmer noch- der obersten Gerichte geworden ist. Dieser Verdacht hat sich nunmehr bestätigt- und stellt der Justiz ein miserables Zeugnis aus).

Statt den Enteignungsbegriff zu begründen, hat das BVerwG lediglich mit drei Rechtssätzen operiert. Aber diese stehen in offenem Widerspruch zu gesetzlichen Vorgaben und auch hier hat sich das Gericht wieder bei Motsch und den Bundesministerien der Finanzen und der Justiz bedient. Dies aber geschah, ohne das jemals offen gelegt zu haben.

25 Jahre fortwirkendes Unrecht haben nun einen Namen: Motsch.

Die spätere Rechtsprechung des 3. Senat unterstellt die Richtigkeit des viel zu weiten Enteignungsbegriffs und baut darauf noch einige weitere Argumente auf, die deshalb aber alle ins Leere laufen, weil sie auf falschen Prämissen beruhen. Als Trugschlüsse sind sie damit Verstöße gegen die logischen Denkgesetze.

Aufgrund dieser Zusammenhänge ist die gesamte Aufarbeitung der SED-Verfolgung praktisch flächendeckend gescheitert, soweit irgendwie Vermögensverluste auf dem Spiel standen.

Dass das Versagen der Rechtsprechung so krass war und dass sie sich ausschließlich an Vorgaben der Exekutive orientiert hat, die offenbar ein Interesse an der Verdrängung des Unrechts hatte, war mir in dieser Intensität bislang nicht bekannt. Aufgrund von Wasmuths umfassender Untersuchung besteht aber kein wirklich ernst zu nehmender Zweifel mehr daran.

Soviel für heute hierzu. In Kürze machen wir Ihnen die ausführliche Gesamtdarstellung auf Wunsch zugänglich- und schlagen so einen Weg frei zu einem möglichen Paradigmenwechsel !

Stichwort: „Fortwirkende stalinistische Repression der „Boden- und Wirtschaftsreform“

**ARE-Plänitz** : Hofstraße 5, 16845 Plänitz bei Neustadt/Dosse, Tel.:033970/ 518-74 /-76, Fax 033970/ 518-75

**ARE-Zentrum Hessen**: Westendstr. 14a, 34305 Niedenstein, Tel.: 05624/ 9262-58, Fax: 05624/ 9262-68

email: are-pl@gmx.de, Internet: [www.are-org.de](http://www.are-org.de)

**Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin: BIC: GENODEF INPP IBAN: DE68 1606 1938 0 103 0 127 94**

## *Teil 2*

Plänitz, 22.12.2014

### **Tandem-Programm und Zusammenarbeit mit privaten Bewirtschaftern/ auch Erwerb nach Verkehrswert**

Leider ist auch im letzten Quartal 2014 der Flächenerwerb für EALG-Berechtigte weiter schleppend verlaufen. Dies ist überwiegend die Schuld der säumigen oder „langstieligen“ Berechtigten und Erben, die Ihre von uns so mühsam erkämpfte Chance nicht oder nicht rechtzeitig nutzen.

Wie schon in der Kurzinfo 258 erwähnt, sind wir dabei, auch günstige Möglichkeiten für Erwerber nach Verkehrswert durch Zusammenarbeit mit besonders guten Bewirtschaftern zu schaffen.

Zum Stand bei der BVVG: etwa 450 Anträge nach EALG sind in der Pipeline, ein Dutzend neuer Anträge ist hinzu gekommen und etwa 50 Anträge gelten als erledigt, davon ca. 30 durch Kaufverträge.

Nach wie vor gilt:

Berechtigte und Erben bis zum 4. Glied müssen sich schnellstens melden, da die Zahl der Flächen laufend abnimmt. Es gilt weiterhin die Regel, dass über uns Glaubhaftmachung von Ansprüchen zur Sicherung von Flächen möglich ist.

### **LPG-Scheinrechtsnachfolger und Restauration von Bodenreformflächen:**

Das Jahr 2015 beginnt im Sinne unserer durch die Enquete-Kommission Brandenburg umsetzbar gewordenen Strategie mit wichtigen Regionalveranstaltungen in allen 5 jungen Ländern.

Schwerpunktmäßig geht es um die Aufklärung bzw. Wiederaufnahme von Prüfungen durch die Registergerichte; dies läuft in Brandenburg bereits mit ersten konkreten Ergebnissen.

Außerdem steht das Bund/Länder-Abkommen zur Rückgabe-Möglichkeit von Bodenreformflächen auf der Tagesordnung. Dies auch vor dem Hintergrund des Präzedenzfalles „Jaworek“

Hier bereits unser vorläufiger Terminplan:

- **09.01.2015 ab 14 Uhr in Königs Wusterhausen sowie (Brandenburg)**
- **30.01.2015 ab 16 Uhr in Potsdam**
- **06.02.2015 ab 15 Uhr in Magdeburg (oder Halle) (Sachsen-Anhalt)**
- **27.02.2015 ab 15 Uhr in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern)**
- **20.03.2015 ab 15 Uhr in Oederan b. Hainichen (Sachsen)**
- **17.04.2015 ab 15 Uhr in Gera oder Jena (Thüringen)**

Das kommende Jahr wirft besondere Schatten voraus:

Vor 70 Jahren begann in Kyritz mit der sogenannten „Demokratischen Bodenreform“ in der SBZ die folgenreiche Verfolgungs- und Repressionsgeschichte der „Gesellschaftlichen Umwälzung auf dem Lande“. Zur Erinnerung an diese Verfolgungszeit mit ihren Auswirkungen bis heute, sind ab Mai des kommenden Jahres eine Reihe von Gedenkfeiern, Fachseminaren und Zeitzeugenveranstaltungen geplant, auf die wir sie besonders aufmerksam machen und sie um Unterstützung bitten, z.B. auch mit Dokumentarmaterialien.



*Wir wünschen Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest  
und einen guten Rutsch ins neue Jahr!!!*

*Ihr ARE-Team*

**ARE-Plänitz** : Hofstraße 5, 16845 Plänitz bei Neustadt/Dosse, Tel.:033970/ 518-74 /-76, Fax 033970/ 518-75

**ARE-Zentrum Hessen**: Westendstr. 14a, 34305 Niedenstein, Tel.: 05624/ 9262-58, Fax: 05624/ 9262-68

email: are-pl@gmx.de, Internet: [www.are-org.de](http://www.are-org.de)

**Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin**: BIC: GENODEF INPP IBAN: DE68 1606 1938 0 103 0 127 94